

ifo Pressemitteilung

Bekanntmachung des ifo Instituts

Die Entwicklung der Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Europa

Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn bei der Jahresmitgliederversammlung des ifo Instituts am 25. Juni 2002, Haus der Bayerischen Wirtschaft

Frei für 10.15 Uhr

Pressefassung

Im vergangenen Jahr sind die USA, Japan und Deutschland erstmals seit der ersten Ölkrise 1973/74 gleichzeitig in die Rezession geraten. Das *ifo Weltwirtschaftsklima* war Ende 2001 so frostig wie noch nie seit dem Beginn der achtziger Jahre. Im laufenden Jahr hat sich das Weltwirtschaftsklima aber während zweier Quartale wieder deutlich gebessert. Nach der Schätzung des ifo Instituts kann in diesem Jahr eine Wachstumsrate der Weltwirtschaft von 2,7% und im nächsten eine solche von 3,8% erwartet werden.

Die konjunkturelle Vorreiterrolle wird von den USA eingenommen, wo die Rezession durch eine energische Geldpolitik und eine kräftige keynesianische Fiskalpolitik überwunden werden konnte. Die vom ifo Institut im Rahmen seines World Economic Survey befragten Amerika-Experten hatten schon im ersten Quartal eine Verbesserung der Wirtschaftslage konstatiert. Im zweiten Quartal verstärkten sie dieses Urteil erheblich, und ihre Erwartungen für die Zukunft waren hoch. Es kann mittlerweile kein Zweifel mehr bestehen, dass der amerikanische Konjunkturaufschwung mit Kraft begonnen hat. Ifo erwartet ein Wachstum der US-Wirtschaft von 2,6% in diesem und 3,6% im nächsten Jahr.

Westeuropa folgt den USA nur zögerlich, mit einem Abstand von etwa einem Quartal. Noch im ersten Quartal hatten die vom ifo be-

fragten Experten eine weitere Verschlechterung der Lage konstatiert, und erst im zweiten Quartal wurde das Urteil besser. Allerdings haben sich die Erwartungen in Europa auch schon im ersten Quartal verbessert. Ifo prognostiziert ein Wachstum von 0,9% in diesem und 2,6% im nächsten Jahr, mit erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern. Während die Konjunktur in Frankreich, Großbritannien und den nordischen Ländern anzieht, hat sich die Lagebeurteilung für Italien bis in das zweite Quartal hinein weiterhin deutlich verschlechtert. Nur die Erwartungen ziehen auch in Italien an.

In Deutschland herrscht das Prinzip Hoffnung. Seit dem Herbst haben sich zwar die Erwartungen beim Ifo Konjunkturtest Monat für Monat verbessert, doch die Lagebeurteilung zog nicht mit. Sie ist immer noch deutlich schlechter als vor dem Anschlag auf das World Trade Center. Gleichwohl haben sich die Auftragseingänge seit Jahresbeginn deutlich belebt, wobei die Auftriebskräfte eindeutig aus dem Ausland, und hier insbesondere aus den USA kommen. Ifo schätzt, dass der Export in diesem Jahr um 3,5% zunehmen wird, was Deutschlands Exportanteil an den Weltmärkten geringfügig vergrößern könnte. Der Anteil war in den neunziger Jahren zyklisch von über 10 - 11% auf nunmehr etwa 8% gesunken, und eine Änderung dieses Trends ist nicht wirklich in Sicht. Leider werden die Investitionen auch im laufenden Jahr noch weiter schrumpfen, und zwar mit einer Rate von immerhin etwa 3,4%. Alles in allem ist das Wachstum bislang noch sehr verhalten, und es zeigt sich nun, dass sich die optimistischen Prognosen, dass das Wachstum bereits in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres deutlich anziehen werde, nicht bewahrheitet haben. Ifo bleibt deshalb mit einer Prognose von 0,7% Wachstum für das laufende Jahr im wesentlichen bei dem schon im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Wert (0,6%). Dabei wird unter anderem eine leicht restriktive Haushaltspolitik, ein Anstieg des Euro auf die volle Dollarparität, ein Ölpreis im Bereich von 24 \$ pro Barrel, ein Lohnanstieg von 3%, und zum Jahresende hin ein geringfügiger Zinsanstieg (0,5%) unterstellt. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass der weltweite Aufschwung auch Deutschland erfasst hat und ab der zweiten Jahreshälfte an Fahrt gewinnen wird. Für das Jahre 2003 erwartet Ifo ein Wachstum von 2,3%.

Der Euro entwickelt sich genau so, wie es vom ifo sei nunmehr eineinhalb Jahren immer wieder vorhergesagt war: Bis zur Vollen- dung der physischen Währungsumstellung überwogen die Fluchtef- fekte beim Schwarzgeld und den in Osteuropa und der Türkei kursie- renden Geldbeständen, und seit der Umstellung der Währung ist die gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Das neue Geld findet den Weg zurück in die schwarzen Taschen und zu den Geldhaltern in Osteuropa und sonstwo auf der Welt. Der Einbruch der DM- Bargeldmenge, der gegen den Trend gerechnet, von 1997 bis zum Februar das gigantische Ausmaß von etwa zwei Dritteln angenom- men hatte, verdrehte sich seit März wieder in einen Anstieg. Die These, die Schwäche des Euro und die Stärke des Dollar sei auf ein wachsendes Misstrauen in die amerikanische Konjunktur zurückzu- führen, ist nach den amerikanischen Umfrageergebnissen des ifo Instituts abwegig. Ebenso macht die These, der Einbruch der Börsen in den USA sei der Grund, wenig Sinn, wo doch der DAX seit Jah- resbeginn sehr viel stärker gefallen ist als der Dow-Jones-Index.

Der Euro ist kein Teuro. Zwar wurden viele Preisänderungen, die sonst über die Jahre 2001 und 2002 verteilt worden wären, auf den Zeitpunkt der Währungsumstellung konzentriert, doch fielen dabei auch sehr viele Preise. Derzeit sind die Preise nur etwa 0,9% höher als vor einem Jahr. Die Teuro-Diskussion wird von psychologischen Effekten bei der Wahrnehmung der Realität getrieben.

Der hauptsächliche wirtschaftliche Effekt, der vom Euro auf die deutsche und europäische Wirtschaft ausgeht, liegt in der Schaffung eines einheitlichen, nicht mehr durch Wechselkursrisiken zerstück- kelten europäischen Kapitalmarktes, auf dem die Zinsunterschiede verschwinden. Dadurch wird das Kapital in seine besten Verwendun- gen geleitet, was in den bisherigen Hochzinsländern einen Wachs- tumsschub ausgelöst. Die Konvergenz innerhalb der EU wird, wie gewünscht, beschleunigt. Allerdings haben deutsche Firmen den Wettbewerbsvorteil der niedrigeren Zinsen, den die D-Mark gebracht hatte, verloren. Dieser Effekt wird die wirtschaftliche Entwicklung Eu- ropas während des nächsten Jahrzehnts maßgeblich mitbestimmen, und er verstärkt die Notwendigkeit, anderswo nach Wegen zur Wie- derherstellung der Wettbewerbsfähigkeit zu suchen.

Das gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt. Das große Problem Deutschlands ist und bleibt die Arbeitslosigkeit, und dabei geht es wirklich nicht mehr nur um konjunkturelle Effekte.

Das konjunkturelle Tief der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit war im Mai noch nicht überwunden. Zur allgemeinen Verwunderung hatte die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen nochmals um 60.000 Personen im Vergleich zum Vormonat zugenommen. Dennoch könnte die konjunkturelle Wende am Arbeitsmarkt nahe sein. Im Jahresdurchschnitt erwartet das ifo Institut unverändert 4 Millionen Arbeitslose, im nächsten Jahr 100.000 Personen weniger, wenn alles gut geht.

Von einer strukturellen Wende bei den Arbeitslosenzahlen kann trotz dieser Hoffnung freilich noch nicht die Rede sein. Seit nunmehr dreißig Jahren ist der langfristige Trend zu immer mehr Arbeitslosen ungebrochen.

Die Arbeitslosigkeit ist einer der Hauptgründe für das geringe deutsche Wirtschaftswachstum, und sie hat ihre Ursache vor allem in der ausufernden Lohnpolitik der letzten Jahrzehnte, die die Investoren vertrieben und die Wettbewerbsfähigkeit verringert hat. Als Faustregel gilt, dass ein Land, das sich bei der Lohnentwicklung um ein Prozent gegenüber einem anderen Land zurückhält, langfristig ein um etwa ein Prozent höheres Beschäftigungsvolumen erwarten kann. Der langfristige Vergleich zwischen den USA, Holland und Deutschland bestätigt diese Regel in aller Deutlichkeit. Deutschland hat sich an dieser Front in den letzten beiden Jahrzehnten viel zu weit vorgewagt, indem es gegenüber Holland einen Lohnnachteil von etwa zwanzig Prozent und gegenüber den USA von mehr als dreißig Prozent akkumuliert hat. Unser Land muss heute die Konsequenzen dieser Entwicklung tragen.

Das ifo Institut hat mehrfach eindringlich Reformen des Tarifrechts, eine Senkung der Abgabenlast auf Arbeitseinkommen und eine Sozialreform gefordert, um den Arbeitsmarkt wieder flott zu machen und die Standortqualität Deutschlands zu stärken. Auch im Hinblick die bevorstehende Niedriglohnkonkurrenz aus den neuen EU-Beitrittsländern und die beklagenswerte Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern sind diese Maßnahmen dringend erforderlich. Die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer fällt im Vergleich zum We-

sten seit nunmehr fünf Jahren immer weiter zurück. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der Erwerbsfähigen ist inzwischen wieder auf 58% des Westniveaus zurückgefallen, und immer noch dürfte das Leistungsbilanzdefizit bei knapp fünfzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen, der weitaus höchste Wert, der jemals in einem größeren Wirtschaftsgebiet zu verzeichnen war. Nur eine grundlegende Kehrtwende der Sozial- und Wirtschaftspolitik wird verhindern können, dass die neuen Länder zwischen der produktiven Wirtschaft des Westens und den Niedriglohngeländern in den neuen EU-Ländern zerrieben werden.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002 (1)	2003 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	1.4	1.1	0.0	1.8
Konsumausgaben des Staates	1.2	1.7	1.2	0.0
Bruttoanlageinvestitionen	2.3	-4.8	-1.9	2.7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8.7	-3.6	-3.4	6.3
Bauten	-2.5	-5.8	-0.6	-0.2
Inländische Verwendung	2.0	-1.0	-0.9	2.5
Exporte	13.2	4.7	3.5	6.1
Importe	10.0	0.1	-1.2	7.3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3.0	0.6	0.7	2.3
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	38636	38703	38570	38750
Arbeitslose (1000 Personen)	3889	3852	4010	3870
Arbeitslosenquote ^{b)} (in %)	9.1	9.1	9.4	9.1
Verbraucherpreise ^{c)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.9	2.5	1.6	1.5
Lohnstückkosten ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0.2	1.2	1.4	0.9
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)} - in Mrd. €	23.9	-56.3	-58.0	-38.0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	1.2	-2.7	-2.7	-1.7
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	3.5	1.5	0.9	2.6
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.3	2.5	2.1	2.0
1) Prognose.- a) In Preisen von 1995.- b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- c) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- d) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- f) Im Jahr 2000 einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 50.81 Mrd. € g) HVPI-EWU.				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, 2002 und 2003 Prognose des ifo Institut